

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/32

Bonn, den 31. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3	<u>Television und Tatsachen</u>	115

"Flurbereinigung" der deutschen Funk- und Fernsehlandschaft ?

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunkfragen beim Vorstand der SPD

4	<u>Erfreulicher Wandel in einem Gemeinderat</u>	48
---	---	----

Wenn aus der sozialdemokratischen Minderheit
plötzlich eine Mehrheit wird

5	<u>Als Ehrenmann unbestritten</u>	50
---	-----------------------------------	----

Zum Vergleich Gerstenmaier - Ramcke

6	<u>15 Jahre Verband Deutscher Studentenschaften</u>	24
---	---	----

Stellvertretend für ganz Deutschland

6	<u>Fernsehrunde verkehrt</u>	25
---	------------------------------	----

Politiker fragen Journalisten

Chefredakteur Günter Markscheffel

Television und Tatsachen

"Flurbereinigung" der deutschen Funk- und Fernsehlandschaft ?

Von Lothar Schwartz

Referent für Rundfunkfragen beim Vorstand der SPD

Der Kampf um Werbung, Wellen und Kanäle macht immer neue Schlagzeilen. Vorwürfe und Dementis, Forderungen und Vorschläge beschäftigen die Manager der Mattscheibe häufig mehr als die Programmgestaltung für mittlerweile 8,3 Millionen Bildschirme. Immerhin scheint sich jetzt in diesen Auseinandersetzungen endlich eine Sachdiskussion anzubahnen, in der es um Notwendigkeit und Möglichkeiten einer "Flurbereinigung" innerhalb der unruhigen Funk- und Fernsehlandschaft unserer Bundesrepublik gehen muß.

Ausgangspunkt - die "Mainzelmännchen"

Die Initialzündung für dieses ebenso schwierige wie dringliche Unterfangen hat die Finanzmisere der Länderanstalt "Zweites Deutsches Fernsehen" in Mainz geliefert. Das Loch in den Mainzer Kassen, das chronisch zu werden droht und durch eine Bürgschaftsverpflichtung der Bundesländer keineswegs dauerhaft geschlossen werden kann, hat viele Kritiker auf den Plan gerufen, die entweder den "Mainzelmännchen" Verschwendungssucht und unnötige Aufblähung ihres Apparats oder den Ministerpräsidenten "stiefväterliche Vernachlässigung" ihrer Schöpfung von Stuttgart anlasten. Die Mainzer Balancesäfte am Rande der Zahlungsunfähigkeit und eine dadurch unbeeinflusste anerkannt wertvolle Leistung auf der Programmseite haben aber zugleich auch konstruktive Vorstellungen und Reformbestrebungen mobilisiert.

Programmkonkurrenz kann gute Aussichten haben

Dabei hat sich die Erkenntnis als förderlich erwiesen, daß eine vernünftige Konkurrenz der Programmen für unsere Bildschirme gut bekommt und im Rahmen des Gesamtaufkommens an Gebühren und Werbeeinnahmen finanziell durchaus verkraftet werden könnte. Voraussetzung ist allerdings eine gerechte und sinnvolle Verteilung dieser Nettoeinnahmen, die sich zur Zeit immerhin auf eine runde Milliarde D-Mark pro Jahr belaufen. Hier könnte der Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz an ihre Rundfunkkommission, einen Bericht über die wirtschaftliche Gesamtsituation der Mainzer Fernsehanstalt und der Landesrundfunkanstalten vorzulegen, endgültige Klarheit schaffen und die Weichen für eine angemessene finanzielle Ausstattung aller Anstalten stellen. Dabei sollte auch der Deutschlandfunk nicht vergessen werden, dessen bisherige Finanzierung aus dem Bundesetat weder als sachgerechte noch als befriedigende Lösung gelten kann. Ein weiterer praktischer Ansatzpunkt in dieser Richtung kann in der Bildung einer Delegation der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) gesehen werden, die mit der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die Mainzer Finanzprobleme besprechen wird.

Mainz soll kein "Stiefkind" sein

Für diese Verhandlungen sind von beiden Seiten bereits Markierungen gesetzt. Die Mehrheit der Länderchefs hat zu erkennen gegeben, daß sie sich den regionalen Landesrundfunkanstalten und der gemeinsam im Stuttgarter Staatsvertrag ins Leben gerufenen Länderanstalt gleichermaßen verbunden und verpflichtet fühlt. Mit ihren letzten einschlägigen Beschlüssen haben die Ministerpräsidenten den Vorwurf vom "Stiefkind Mainz" geradezu demonstrativ entkräftet. Sie haben allerdings ebenso deutlich werden lassen, daß "Alimente-Zahlungen" aus dem Steueraufkommen der Länder an die "Mainzelmännchen" nicht in Frage kommen. Nach ihrer Konzeption soll daher die ARD den Zinsendienst für eine vorgesehene Bürgschaft in Höhe von 130 Millionen DM übernehmen.

Die ARD-Intendanten haben in ihrer Reaktion von "einem Gebot der Loyalität" gesprochen, gemeinsam mit den Ländern die finanzielle Situation des "Zweiten Fernsehens" zu klären. Dazu unterbreiten sie konkrete Vorschläge, die als Verhandlungsbasis dienen sollen. Diese enthalten die Bereitschaft, den Zinsdienst für ein Darlehen zu tragen, das den Ausgleich des Mainzer Betriebshaushalts für 1964 sicherstellt. Ausserdem wird die Übernahme der bis zum Jahresende 1963 beim Zweiten Fernsehen angelaufenen Schuldenlast in Höhe von etwa 70 Millionen DM angeboten. Um die rechtlichen Voraussetzungen für dieses "Entschuldungsverfahren" zu schaffen, ist die Bildung eines neuen Rundfunkverbandes vorgesehen, in dem auch die Mainzer Länderanstalt Mitglied werden müßte. Der dadurch mögliche neue Finanzausgleich, der vertraglich unter den Bundesländern zu regeln ist, soll nicht nur die unterschiedliche Finanzkraft der regionalen Rundfunkanstalten ausgleichen, sondern auch die Finanzierung des Zweiten Deutschen Fernsehens und des Deutschlandfunks sicherstellen.

Gemeinsamkeiten angestrebt

Nach einem Arbeitspapier der ARD-Intendanten sollen unter den Mitgliedern des neu zu gründenden Rundfunkverbandes auf dem Gebiet des Fernsehens Programmaufgaben und Pläne sowie die Benützung vorhandener Produktionskapazitäten sinnvoll und gerecht verteilt werden. Konkret wird die gemeinsame Gestaltung der täglichen Nachrichtensendungen, die gemeinsame Berichterstattung aus den Bundesländern und die Unterhaltung gemeinsamer Auslandsvertretungen für beide Fernsehprogramme vorgeschlagen.

Der mögliche Einsparungseffekt ist deutlich und kann auch in Mainz nicht übersehen werden. Trotzdem ist das Angebot zu Koordination und Kooperation in der Länderanstalt und ihren Aufsichtsgremien mit Mißtrauen zur Kenntnis genommen worden. Hier vermutet man den Versuch einer "Vereinbarung in die ARD" unter Abbau der in Staats-

vertrag festgelegten Eigenständigkeit des Zweiten Programms. Im Fernsehrat wurde daher der Hinweis auf "offene Verhandlungstüren" mit der erneuten Forderung auf Änderung der bisherigen Aufteilung der Fernsehgebühren zugunsten der Länderanstalt gekoppelt.

"Bayerische Zutaten"

Es war nicht zuletzt der Münchner Intendant Wallenreiter, der zur Bestürzung seiner meisten Kollegen durch eigenwillige Interpretation und bayerische Zutaten diese reservierte Mainzer Sicht verstärkt hat. Seine "Angebote" - völlige Übernahme der unterhaltenden und kulturellen ARD-Programmeile durch Mainz und seine rechtliche Neukonstruktion als Landesanstalt von Rheinland-Pfalz - sind unglückliche Alleingänge, die leider das Verhandlungsklima verschlechtert haben. Sie erschüttern die Glaubwürdigkeit seiner Intendantenkollegen, die ohne Aufgabe des Konkurrenzcharakters die finanzpolitische und programmtechnische Vernunft auf dem Fernsehsektor walten lassen möchten.

... und ihre Auswirkungen

Was soll es denn auch - um nur einige wenige Beispiele zu nennen - wenn sich erstes und zweites Programm um die Karnevalssendung "Mainz wie es singt und lacht" erbittert raufen und dabei nur eine Erhöhung des Kostenfaktors herauskommt, wenn mit dem gleichen Effekt clevere Produzenten die "feindlichen Fernsehbrüder" gegeneinander ausspielen oder das aufwendig besetzte ZDF-Landesstudio in München den bayerischen Ministerpräsidenten bei der Einweihung einer Ölraffinerie von links filmen läßt, während ihn die ARD-Kamera frontal ins Bild der Tagesschau setzt?

Von diesem "Konkurrenzkampf" - er kostet nach vorsichtigen Schätzungen jährlich mindestens 30 Millionen - hat die deutsche Bildschirmgemeinde keinerlei Nutzen. Von einem sinnvollen Wettbewerb unter Ausnutzung der Möglichkeiten zu Koordination und Zusammenarbeit ließe sich dagegen für Qualität und Abstimmung der Fernsehprogramme Positives erhoffen. In dieser wünschenswerten Entwicklung liegen übrigens auch die finanziellen Möglichkeiten für ein drittes Programm, dessen Ausstrahlung andernfalls zumindest für die kleineren Anstalten auf Jahre hinaus ein finanzielles Abenteuer sein würde.

Erfreulicher Wandel in einem Gemeinderat

Wenn aus der sozialdemokratischen Minderheit
plötzlich eine Mehrheit wird

H.B. - Es ist kein Geheimnis: In nicht wenigen kleineren und mittleren Gemeinden haben die sogenannten "Rathausparteier", die mehr oder minder politischen Gruppierungen um einzelne Persönlichkeiten oder einzelne Interessenvertretungen, starke, nicht selten sogar dominierende Stellungen. Wenngleich es diesen "Rathausparteien" in den letzten Jahren kaum mehr gelungen ist, bei den Kommunalvertretungen tiefere Einbrüche zu erzielen, so kommt es andererseits auch relativ selten vor, daß diese kommunalen Vereinigungen von einem Tag auf den anderen praktisch eliminiert werden.

Aus diesem Grund - und weil die Entwicklung an sich überaus erfreulich ist - kann man es herausstellen, was sich in der nur einige tausend Einwohner zählenden südbadischen Industriegemeinde Steinen im Landkreis Lörrach in diesen Tagen vollzogen hat: In dieser Gemeinde, die jahrelang nur einen sozialdemokratischen Gemeinderat hatte und erst 1962 wieder einen zweiten Mandatsträger bekam, gibt es seit dem 22. Januar eine Gemeinderatsfraktion der SPD, die sieben (!) von 12 Ratsmitgliedern stellt. Der Rest von fünf Mandaten entfällt auf die Rathausvertretung einer Freien Wählervereinigung, die bisher die stärkste Fraktion war.

In Steinen hatte es bisher zwei Vertreter der SPD, ebenso viele der Wahlgemeinschaft der Heimatvertriebenen, drei Ratsmitglieder einer Wahlgemeinschaft der Unabhängigen und schließlich fünf der Freien Wählervereinigung gegeben. Die beiden Heimatvertriebenen und die drei "Unabhängigen" sind jetzt zur SPD übergetreten. Statt vier wird es damit künftig nur zwei Gruppen geben.

Was an diesem Beispiel aus einer badischen Industriegemeinde so bemerkenswert und interessant ist, ist die Erklärung, die die zur Sozialdemokratie übergetretenen Gemeinderäte gegeben haben. In dieser Erklärung heißt es u.a.:

- * "Der Anschluß an die SPD ist ein Bekenntnis zu den politisch
- * gestaltenden Kräften der Bundesrepublik Deutschland. Fast 20
- * Jahre nach Kriegsende müssen wir uns freimachen von lähmender
- * Parteienangst. Gleichzeitig müssen wir damit den harten poli-
- * tischen Tatsachen Rechnung tragen. Örtliche Wahlgemeinschaften
- * können beim Verteilen von Landesmitteln nur h o f f e n ,
- * die Entscheidung aber liegt bei den großen politischen Par-
- * teien."

Wir meinen, diese Erklärung sollte auch in anderen Gemeinderäten und Stadtverordnetenversammlungen aufmerksam gelesen werden. Dabei kommt es gar nicht entscheidend darauf an, ob die Mitglieder von parteifreien Gruppierungen nun - wie in Steinen - zur Sozialdemokratie stoßen oder zu einer anderen staatsbejahenden Partei. Da die Kommunalpolitik nicht nur in den Rathäusern, sondern ganz entscheidend in Land und Bund getragen wird, begeben sich die vielfach recht tüchtigen "Freien" oder "Unabhängigen" vieler Möglichkeiten, die Willensbildung in allen Bereichen unseres staatlichen Lebens zu beeinflussen. In dem kleinen südbadischen Industrieort haben dies einsichtige Männer erkannt. Sie werden hoffentlich nicht allzulange allein stehen ...

Als Ehrenmann unbestritten

Zum Vergleich Gerstenmaier - Ramcke

sp - Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier und der frühere General der Fallschirmjäger, Bernhard Ramcke, mit seinem Kieler Anwalt Dr. Wilhelm Maßmann haben sich verglichen. Die Öffentlichkeit ist damit um einen großen zeitgeschichtlichen Prozeß gekommen, der am 4. Februar vor der Dritten Großen Strafkammer des Landgerichts in Kiel beginnen und vorerst neun Tage dauern sollte. Es ist damit auch nicht zu einem Urteil gegen Ramcke und Anwalt gekommen, in dem die detaillierte Beweisführung enthalten gewesen wäre, in welchem Maße Gerstenmaier durch Ramcke und Anwalt belastet worden ist. Schließlich waren Ramcke und Maßmann angeklagt, Gerstenmaier aufgrund des Artikels 178 a StGB beleidigt zu haben, wonach Persönlichkeiten im öffentlichen Leben einen erhöhten Ehrenschutz haben.

Ausgangspunkt des Prozesses war eine Rede, die Ramcke in Verden an der Aller am 27. April 1956 vor ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS gehalten hat. Der Ton dieser Rede empörte den Bundespräsidenten so, daß er mit dem ganzen Gewicht seines Amtes erklärte: "Die Ramckes gehören als typisches Musterbeispiel zu einer Gruppe von Personen, die als echte, ungeläuterte Hitler-Anhänger wieder laut geworden sind". Daraufhin ließ Ramcke den Anwalt Maßmann eine Schrift an den Präses, das Präsidium und die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands anfertigen. In der Eingabe vom 1. November 1958 war die Aufforderung enthalten, die Kirche möge ihren Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier disziplinar rügen, was die Synode in Berlin-Spandau mit der lapidaren Feststellung ablehnte, sie "hielte eine Behandlung der jahrelang zurückliegenden Vorgänge für nicht angebracht".

Die Argumente, die Ramcke und Maßmann in der Schrift aber vortrachten, und die später in zwei weiteren Schriften wiederholt wurden, sind haarsträubend und empörend.

Man hätte tatsächlich gewünscht, es wäre gerichtlich festgestellt worden, wie übel die Anwürfe gegen den Präsidenten des Deutschen Bundestages durch einen Mann gewesen sind, der rechtsextrem agiert und Brest verteidigte, bis es in Schutt und Asche fiel. Jahrelang hatten zwei Eche Richter in Kiel die Rolle von Gerstenmaier am 20. Juli 1944 und vorher als Mann des Kreisauer Kreises unter dem hingerichteten Grafen von Helldorf untersucht. Nach dieser gerichtlichen Voruntersuchung blieb an Gerstenmaiers Rolle eines aufrichtigen Mannes in Widerstand kein Zweifel. Er hat nach seiner Verhaftung die Gestapo irreführt und niemanden verraten. Er wurde in der Prinz Albrecht-Strasse durch die Gestapo ausgepeitscht und durch Roland Weisler zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt und eingesperrt.

Eine gewisse Verurteilung Ramckes liegt aber darin, daß er die entstandenen Gerichtskosten, die 50 000 DM überschreiten dürften, allein tragen muß. Er gab eine Erklärung ab, daß seine Anschuldigungen nicht aufrechtzuerhalten sind und er sie mit Bedauern zurücknehme. Das hat deshalb Gewicht, weil bei einem früheren Vergleichsversuch Ramcke nur bereit war, die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Aber dennoch: dieser Mann, der gegen Kuby und Froske wegen des Hörspiels über Brest zu Felde zog und vor Gericht unterlag, hätte eigentlich auch in diesem Falle gerichtlich zu hören bekommen müssen, wie übel seine Anwürfe gegen den Bundestagspräsidenten gewesen sind.

15 Jahre Verband Deutscher Studentenschaften

W.R. - Vor 15 Jahren wurde in Marburg der Verband Deutscher Studentenschaften gegründet. Das Ziel des Zusammenschlusses war die Gesamtvertretung der deutschen Studentenschaften, um die soziale Sicherung der Studierenden zu verbessern; Ausbau und Reform von Forschung, Lehre und Studium voranzutreiben und um die internationale Zusammenarbeit der Studentenschaften für eine Verständigung der Völker aufzubauen. - Nur bis zum Januar des Jahres 1948 war es den Studenten aus der Zone möglich, zusammen mit Studenten der Westzonen ihren Willen zu bekunden. Damals trafen sich in Berlin zum letzten Mal Vertreter der Studentenschaften aus allen vier Zonen. Sie brachten in einer "Denkschrift der Deutschen Studentenschaften" zum Ausdruck, "daß Zonengrenzen uns zur Zeit zwar trennen, daß sie aber auf die Dauer unsere Wiedervereinigung nicht verhindern können". - Auch heute bekennt sich die deutsche Studentenschaft zur Festigung der geistigen und Wiedererlangung der politischen Einheit Deutschlands und ist wie damals entschlossen, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten. Der VDS ist bemüht, die menschlichen Begegnungen von Studenten in Ost und West nicht abreißen zu lassen, um der Entfremdung zwischen ihnen Inhalt zu geben. - Dieser Wille zur Einheit Deutschlands, der gleichberechtigt neben den konstruktiven jugend- und hochschulpolitischen Initiativen in VDS steht, ist Zeugnis dafür, daß auch und gerade die studentische Jugend bei all ihren Erwägungen die Gedanken und Wünsche der Kommilitonen, der Mitmenschen jenseits des Stacheldrahts und der Mauer, einbezieht.

+ + +

Fernsehrunde verkehrt

L.S. - Ein erstes Fastnachtsakten flimmert aus dem Mainzer TV-Kanal. Es kam allerdings aus Bonn und nicht einmal von hauptberuflichen "Hainzelmannchen". Die "Fernsehsitzung" von Bundespolitikern und Bonner Journalisten machte dieses "Manko" durch hintergründigen Humor wett. Die Umkehrung von Motto und Übung der Sendereihe, in der normalerweise Politiker den Prossaleuten Rede und Antwort stehen, hatte ihre besonderen Reize und zeitigte sogar pikante Informationen. In der offensichtlich ungewohnten Rolle des Befragten verschlug es z.B. dem in Bonn für Bayerns Funk und Fernsehen wirkenden journalistischen "Großinquisitor" Dr. Schulze-Vorberg die Sprache, als er von FDP-Zoglmann der Anwartschaft auf den Bayerischen Verdienstorden verdächtigt wurde.

Der Bonner "Kopfläger" Walter Heckels trat im Kreuzfeuer der gemäßlich ihre seltene Chance nutzenden "schwäbischen Pfeilschaft" von Prof. Carlo Schmid und Minister Dr. Bruno Heck die Flucht nach vorn an: Ein mittlerweile verstorbener ehemaliger Bundestagsabgeordneter habe ihm 5.000 DM geboten, um durch seine Feder zum "Bonner Kopf" avanciert zu werden. Dr. Robert Strobel bekannte in liebenswürdiger Versform, daß auch im Bonner Journalismus nicht alles Gold ist, was glänzt.

Womit die originelle Sandung des Schweißes ihres auf riskantes und amüsantes Neuland vorstoßenden Gesprächsleiters Reinhard Appel schon wert war! Selbst dem Münchener Intendanten Wallenroiter gebührt Dank, daß er seinen Bonner Korrespondenten aus der gewohnten und vertrauten Wessel-Runde gerissen hatte und in einer großzügigen Faschings-Laune im feindlichen Kanal debütieren ließ.

+ + +